



M B I



MBI

ÖPP - Irrweg und

**Auszüge aus: Reihe
Berliner SPD - Donnerstags-
Titel: ÖPP: Die Politik muss dazu**

Schuldenfalle

**"Erkennen und Gestalten" des
kreises - Nr. 38 von März 07
strikt Nein sagen!**

Was ist ÖPP?

Das Kürzel ÖPP steht für Öffentlich-Private-Partnerschaft. In klarem Deutsch heißt das: Öffentliche Projekte – z.B. Schulen, Mehrzweckhallen, Kongresszentren, Schwimmbäder, Sportanlagen - werden öffentlich gewünscht, aber privat gebaut und betrieben.

Partnerschaft setzt gleiche Interessen voraus, gleiche Rechte, gleiche Ziele. Die Anhänger von ÖPP behaupten deshalb, dass Private alles können, was der Staat tut - nur besser und billiger.

Vor allem aber hätten Private das, was dem Staat fehlt, Geld!

Bezahlt wird öffentlich, verdient wird privat.

Der Rentabilitätstrick

Nicht einmal ihre unkritischen Befürworter behaupten, dass sich ÖPP-Projekte sofort „rechnen“.

Nur die sogenannten Effizienzgewinne, also Kosteneinsparungen bei Planung, Bau und vor allem bei Betrieb eines Objektes, **sollen** - hochgerechnet auf eine Laufzeit von 25, 30 oder gar 40 Jahre – **Kostenvorteile für die Kommune bringen**. Den Nachweis dafür erbringt der „Wirtschaftlichkeitsvergleich“. Diesen Vergleich erstellen - damit auch gar nichts schief geht - diejenigen, die am ÖPP-Projekt verdienen, **die Berater!**

Sie vergleichen die Kosten einer Eigenrealisierung durch die Kommune und die Kosten der ÖPP- Realisierung – mit dem vorhersehbaren Ergebnis.

Das ÖPP-Desaster Beispiel Offenbach (SKE+Hochtief)

Beim Kreis Offenbach führte ÖPP dazu, dass seit dem Jahr 2005 für die Gebäudebewirtschaftung der Schulen ca. doppelt soviel Geld pro Jahr in den Haushalt eingestellt werden muss - jetzt ca. 60 Millionen • statt früher 30 Millionen •!

Seit dem Jahr 2003 hat sich die Verschuldung des Kreises mehr als vervierfacht - von 16,9 Mio • auf 57 Mio. •. Der Regierungspräsident Darmstadt zum Haushalt 2006: „Die Defizitentwicklung ist besorgniserregend...“

Die Kosten des ÖPP-Schulprojektes sind hochgerechnet mit Barwertmethode von 780 auf 860 Mio. • gestiegen!

Wie man ÖPP zum Erfolg rechnet

ÖPP gewinnt dabei nur, wenn man wichtige Risiko- und Kostenfaktoren, die nur bei diesem Finanzierungsmodell entstehen, unter den Tisch fallen lässt:

Private Firmen erzielen ihre „Effizienzgewinne“ auf die lange Laufzeit durch personelle Einsparungen (Entlassungen und Gehaltskürzungen) und dadurch, dass sie Subunternehmer drücken.

Ein Teil der Kosten der Kommune für Gutachter, Berater und Rechtsanwälte bleiben bei den „Wirtschaftlichkeits“- Vergleichen unberücksichtigt, weil diese vor dem Beschluss anfallen, das ÖPP-Projekt durchzuführen, obwohl sie in Wirklichkeit allein dazu dienen, ÖPP zu „implantieren“.

Auch die Kosten, die der Kommune dadurch entstehen, dass sie die Vertragserfüllung von Dritten laufend bis zu 30 Jahre kontrollieren muss, erscheinen in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht oder als Bagatelle, obgleich der Staat hier eine Leistung erbringt, die er ohne ÖPP - Projekt nicht erbringen müsste.

ÖPP-Modelle rechnen sich nur, wenn die Kommune gegen Vernunft und Erfahrung einen Einredeverzicht erklärt. Das bedeutet: Die Kommune sichert der Bank, die das Projekt für die Privaten finanziert, zu, die Raten auch dann zu zahlen, wenn der Private seine Leistungen schlecht oder gar nicht mehr erbringt, weil er pleite gegangen oder nicht leistungsfähig ist.

Die Schuldenfalle ÖPP: Der Bundesrechnungshof hat es unlängst festgestellt:

ÖPP ist nichts anderes als eine **besonders listige und teure Form des Schuldenmachens**. .. Um alle diese Gefahren für den Bürger unter dem Deckel zu halten, werden **ÖPP-Verträge streng geheim** gehalten - strenger als die Pläne des Pentagon. **Tatsächlich ist ÖPP nichts anderes als eine Umgehung der Begrenzungslinien für öffentliche Schulden**. ÖPP ist die kommunale Schuldenfalle schlechthin. ...**Das Märchen vom „frischen Geld“**: Es gibt kein „frisches Geld“. Es ist immer dasselbe Geld, von denselben Kapitalmärkten und Banken - nur sehr viel teurer geliehen. Überschuldete Gemeinden hängen dann im Netz des international tourenden Hochzinses- mit absehbaren Folgekosten.

Spenden zum Bürgerentscheid auf das MBI-Sonderkonto 0300933416, Stichwort „Spende Bürgerentscheid“ bei der Spardabank, BLZ 36060591. Spendenbescheinigungen sind möglich



**Treffen zur Organisation des
„Wahl“kampfs
zum Bürgerentscheid
jeden Mittwoch bis zum
9. September um 19 Uhr
MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1**

Schwarzer August für die Privatisierer?

im Juli:

- In Duisburg mehr als genug Unterschriften zum Bürgerbegehren gegen den Krankenhausverkauf
- der verheerende Panorama-Bericht zu den privatisierten Hamburger Kliniken: „Außen hui, innen pfui - Chaos an privaten Krankenhäusern“

Und vorletzte Woche:

- Wuppertaler „Stadtwerke-Partnerschaft“ endet im Desaster: Es bleibt der Stadt nicht anderes übrig „als den Vertrag mit RWE und Cegedel rückabzuwickeln“
- Dann das Waterloo für die britischen Erfinder von PPP! Public Private Partnership wird zum Milliardengrab für Steuergelder. Das Firmenkonsortium Metronet unterhält Londons U-Bahn und hat nun Insolvenz beantragt. (siehe nächste Seite)
- Die Privatisierung der Abwasser-Entsorgung hat Bremen in acht Jahren 200 Millionen Euro gekostet, rechnet Wirtschaftsprofessor E. Mönnich vor - und plädiert für Rekommunalisierung.
- Mit dem Artikel in der Neuen Rheinischen Zeitung zur sittenwidrigen „Forfaitierung mit Einredevorzicht“ bei PPP-Modellen am Beispiel des Mülheimer Medienhauses ist überregional zu lesen, was alle Mülheimer Zeitungen verschweigen! Bundesweites Echo, u.a vom sog. Donnerstags- Kreis der Berliner SPD, der eine hervorragende Stellungnahme erarbeitet hat. Titel „ÖPP – die Schuldenfalle schlechthin, eine besonders listige und teure Form des Schuldenmachens!“, nachzulesen unter <http://www.mbi-mh.de/PPP-Schuldenfalle.pdf>
- Und dann auch noch die absehbaren Riesen-Probleme der Bahnprivatisierung: Prof. Heiner Monheim, Universität Trier in Monitor : „Das kann eigentlich nur zum Desaster führen, am Ende wird der Finanzminister endlos draufzahlen müssen.“
- Dazu auch noch eine Mülheimer Anekdote: Die MBI hatten eine Plakatwand am Mülheimer Hauptbahnhof angemietet, um dort Ende Aug. folgenden Text zum Mülheimer Bürgerentscheid aufbringen zu lassen: „Ihr Ja am 9. September gegen Privatisierung!“ Als die Bahn davon erfuhr, ließ sie das Plakat verbieten. Moplak musste das Geld zurückzahlen. Dabei wäre das Plakat nur von außen vom Tourainer Ring aus, nicht aber von den Bahnsteigen aus zu sehen gewesen! Da liegen Nerven blank, oder?

Und letzte Woche:

- Die Ruhrbania-Parteien SPCDFU stellten ihr Werbekonzept zum Mülheimer Bürgerentscheid vor: Ein Baby mit „EIN NEIN ZUM BÜRGERENTSCHEID RETTET MEINE SCHULE!“ Genauso peinlich wie die litaneimäßig wiederholten Diffamierungen des Bürgerbegehrens durch die Spitzen der Mülheimer Verwaltung und Politik
- In Solingen wurde am 11. Aug. ein Bürgerbegehren gegen weitere Privatisierung gestartet: „Solingen gehört uns“ mit Raketenstart!
- Am So., 12. Aug.: Doppelbürgerentscheid in Essen, u.a. auch gegen weitere Privatisierung. Das sehr hohe Quorum wurde leider nicht geschafft trotz über 50.000 Stimmen gegen Privatisierung!



Mülheim, Frankfurt, Monheim, Offenbach etc. in 3, 5 bis 10 Jahren nach dem engl. Vorbild, wo PPP schnurstracks ins „Waterloo“ hinein schliddert!?

Im Mölmschen Zeitraffer entsprechen Thatcher/Mayor dem abgestürzten „dreamteam“ Baganz/Jasper und Blair mutiert zu Mühlenfeld. Deren Stellungnahme zum Bürgerentscheid gegen Privatisierung in Mülheim am 9.9. könnte wörtlich abgeschrieben sein aus dem 3. Absatz unten! Diese Stellungnahme sollte bis zum 10. Aug. allen Mülheimer Wahlberechtigten zusammen mit der Wahlbenachrichtigung zugehen. Darin schreiben SPD, CDU und Grüne ähnliches! Bei der FDP glaubt man es wenigstens, die wissen, wen sie vertreten.

In Mülheim können die Bürger am 9. Sept. wenigstens entscheiden, ob der Gang in den absehbaren Ruin per ÖPP „ausprobiert“ werden soll/darf oder nicht!

aus junge welt, 2.8.07, von *Werner Rügemer* auch unter <http://www.mbi-mh.de/PPPalsWaterloo.pdf>

Pinkepinke für Private

Public Private Partnership wird zum Milliardengrab für Steuergelder. Das Firmenkonsortium Metronet unterhält Londons U-Bahn und hat nun Insolvenz beantragt

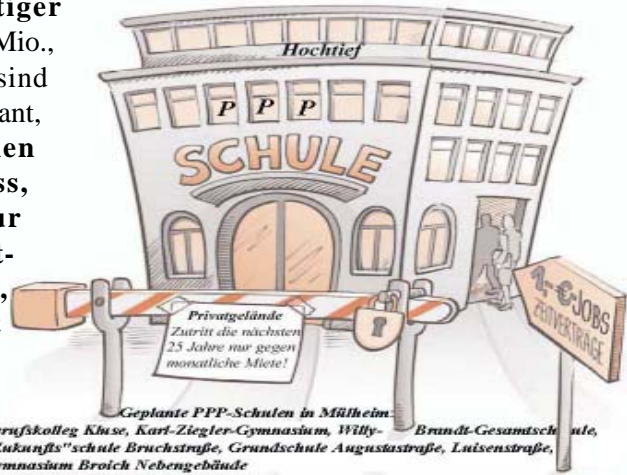
Wort und Wirklichkeit bei Anthony Blair: Durch die von ihm ins Leben gerufene öffentlich-private Partnerschaft werden verarmte Kommunen noch mehr geschöpft (Labour-Konferenz am 27.9.05)

Am 16. Juli hat das private Firmenkonsortium Metronet in London Antrag auf Insolvenz gestellt. Metronet hatte sich 2003 verpflichtet, den größeren Teil der maroden Londoner U-Bahn zu sanieren und 30 Jahre lang in Schuß zu halten. Jetzt muß aufgrund des Public-Private-Partnership-Vertrags der Staat die Folgen tragen. **Schon drei Jahre nach dem Start erweist sich das Projekt als Milliardengrab für die Steuerzahler.**

Das Konstrukt Public Private Partnership (PPP) wurde während der Regierungszeit von Anthony Blair entwickelt. Er war mit den katastrophalen Ergebnissen der rabiaten Privatisierungen seiner Tory-Vorgänger, Margaret Thatcher und John Mayor, konfrontiert. Marode Schienennetze, Wasserwerke und Kanalisationen waren von Thatcher an private Investoren verkauft worden. Die Begründung lautete: Der Staat ist erstens pleite, nötig sei die »Mobilisierung privaten Kapitals«. Zweitens sei der Staat für unternehmerische Aufgaben sowieso ungeeignet, Private könnten es besser. Doch die Privaten entnahmen hohe Gewinne, investierten möglichst wenig und entließen Personal. Deshalb mußte wegen Unfälle und ständiger Verspätungen und wegen nicht nachlassender Bürgerproteste der Staat unter Blair die Bahnanlagen teilweise zurückkaufen und mit hohen Zuschüssen selbst für die Reparaturen einstehen.

Die Privatisierungen nach Thatcher-Art waren nicht mehr zu rechtfertigen. In dieser Zwangslage suchte der »neue Sozialist« Blair, der ein genauso überzeugter Privatisierungsfundamentalist war wie seine »konservativen« Vorgänger, einen Ausweg. Seine Regierung unter Anleitung des Schatzkanzlers, des **Finanzministers Gordon Brown, ließ von den Freunden in der Berater- und Bankenbranche der City of London eine neue Privatisierungsvariante entwickeln. Sie sollte aber nicht Privatisierung genannt werden. Sie heißt Public Private Partnership (PPP). »Partnerschaft« – das klang gut. Bei PPP, so das Argument, werde nichts verkauft. Vielmehr treten öffentliche Hand und privater Investor als gleichberechtigte Partner auf, heißt es. Beide sollen ihre jeweiligen Stärken einbringen, beide sollen die Risiken übernehmen, die sie am besten beherrschen. Deshalb bietet nun der private Investor ein Rundum-Sorglospaket, bis zu 30 Jahre lang, und die öffentliche Hand zahlt in diesem Zeitraum ein monatliches oder jährliches Entgelt. Blair, wegen seiner Lügen zugunsten des Irak-Krieges volkstümlich »Bliar« genannt (to lie = lügen, Blair der Lügner), verdient diesen Titel aber mindestens genauso wegen seiner lügenhaften Wirtschafts- und Finanzpolitik.**

Mülheim finanziert bereits jetzt in hohem Umfang laufende Ausgaben auf Pump über Kassenkredite (Überziehungskredite) bei explosionsartiger Steigerung: 2004 148 Mio., 2005 235 Mio., 2006 330 Mio., in 2007 voraussichtlich 390 Mio. und für 2010 sind schwindelerregende 535 Mio Euro bereits jetzt eingeplant, auch wegen Ruhrbania und den städtischen Vorleistungen (Rathausumzug und -abriss, Bürgeramt, Medienhaus usw. bis hin zur Ruhrpromenade selbst). Deshalb sollen Pflichtaufgaben zumindest teilweise privatisiert werden, als nächstes bei Schulen. Mit dem Zauberwort ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) sollen Baufirmen wie Hochtief oder die Vinci-Tochter SKE nicht mehr nur bauen, sondern langfristig auch die Gebäude selbst betreiben.



Das ist ein Irrweg, der die Stadt auf Dauer noch mehr verschulden muss!

Das Bürgerbegehren "Mülheim bleibt unser" sammelte mehr als genügend Unterschriften, die Ratsmehrheit stimmte aber dagegen. Deshalb soll die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids gegen Privatisierung aus 2005 diesen Irrweg jetzt verbieten!

Mülheim hat bereits ohne PPP/ÖPP genügend selbstgemachte Probleme:



Gegen Privatisierung!
~~Ja!~~
Bürgerentscheid 9. September

Gegen Privatisierung!
~~Ja!~~
Bürgerentscheid 9. September

Ruhrbania und Riesenbaustelle Innenstadt, Wildwuchs der Discounter und Pläne Heifeskamp sowie Riesenbaumarkt Styrum, Schlafstadt mit Lärmproblemen u.a. in Mintard, aber große Flughafenausbaupläne, die MST, das Fass ohne Boden, der schwind-süchtige Weihnachtsmarkt und die Stadthalle, das Abenteuer Naturbad und die rücksichtslosen Lärmgenehmigungen für Reggae-Festivals u.ä., die Freilichtbühne, die Velauer Straße, die verkaufte Heimaterde, die Altstadt, die Altlasten an vielen Stellen der Feinstaub, der Klöttchen, das Fallwerk Weseler Straße, die Verödung von Stadtteilzentren und das Sterben fußläufiger Einkaufsmöglichkeiten die Nordstadt, und, und, und

Es gäbe eigentlich sehr vieles zu tun: All das, der hohe Altersdurchschnitt, 500 Menschen täglich an der Mülheimer Tafel, über 8000 Hartz IV-Empfänger, der hohe MigrantInnenanteil und die Klimaproblematik

müssten Ruhrbania und den ÖPP-Irrweg eigentlich von der Bildfläche fegen!